



Frau
Katja Keul
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Matthias Machnig

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41

FAX +49 30 18615 51 05

E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 7. Dezember 2017

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat November 2017 Frage Nr. 278

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wie wird die Bundesregierung bei der nächsten Auslieferungstranche von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien (beispielsweise der Lürssen-Werft, https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-wirtschaft_artikel-Der_SaudiDealer-LuerssenWerft_arid,1341781.html) sicherstellen, dass diese nicht von Saudi Arabien bei Einsätzen im Jemen, insbesondere im Rahmen der Seeblockade durch Saudi-Arabien, zum Einsatz kommen?

Antwort:

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“ aus dem Jahr 2000, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und der Vertrag über den Waf-

fenhandel („Arms Trade Treaty“). Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Die Bundesregierung wird die weiteren Entwicklungen in Saudi-Arabien und in der Region genau verfolgen und wie bisher im Rahmen ihrer Genehmigungspraxis berücksichtigen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Frage des Abgeordneten Jan van Aken vom 26. September 2017 auf Bundestagsdrucksache 18/13667, Nr. 21 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized first letter 'V' followed by a cursive name, likely 'Van Aken'.